

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Drahtschrift-Nachrichten Dresden
Verlagsnummer: 25241
Preis für Nachdruck: 20011

Bezugs-Gebühr vom 1. des 10. Dezember 1927 bei monatlicher Aufstellung frei Haus 1,50 Mk. ...

Anzeigen-Preise: Die Anzeigen werden nach Maßstab berechnet die entsprechende 30 mm breite ...

Schriftleitung und Hauptgeschäftsstelle:
Marienstraße 38 42
Druck u. Verlag von Viehich & Reichardt in Dresden
Postfach-Konto 1068 Dresden

Nachdruck nur mit schriftlicher Genehmigung der Dresdner Nachrichten. Unverlangte Zuschriften werden nicht aufbewahrt.

Die Genfer Ratstagung geschlossen.

Danzig und Polen sollen sich über die Souveränität der Westerplatte einigen

Kein Eingriff in den Salmis-Streit.

(Durch Ausspruch.)

Genf, 12. Dez. Die wichtigsten Punkte der Tagesordnung der heutigen Schlußsitzung des Völkerbundesrates betrafen den Fall des Kreuzers „Salmis“ und die Frage der Souveränität Danzigs über die Westerplatte. Zum ersten Punkt lag ein Gutachten von Juristen sämtlicher Mächte vor, das, wie der Berichterstatter Urrutia-Columbian in seinem Bericht unterstrich, die einstimmige Zustimmung sämtlicher mitarbeitenden Juristen erhalten hat. In Punkt 8 dieses Gutachtens wird die Wichtigkeit des Grundgesetzes betont, daß der Völkervertrag keine Maßnahmen treffen dürfe, die als ein Eingriff in die Souveränität eines Mitglieds angesehen werden könnten.

Das Gutachten stellt ausdrücklich fest, daß der Artikel 11 des deutschen Weimarer Grundgesetzes vom 27. Juni 1927 keine Verletzung der von Deutschland übernommenen internationalen Verträge bedeute. Es liege für den Rat keine Veranlassung vor, die im Artikel 113 des Versailler Vertrages vorgesehene Unterbindung einzuleiten.

Das Gutachten empfiehlt daher, daß der Rat dem gemischten griechisch-deutschen Schiedsgericht eine Mitteilung zukommen lasse des Inhalts, daß, wenn es die Erlangung einer Interpretation des Art. 192 und evtl. auch Art. 190 des Versailler Vertrages durch ein Gutachten des ständigen internationalen Gerichtshofs für zureichend halte, und in diesem Sinne eine Mitteilung an den Rat richte, der Rat diesem Wunsch nachkommen werde. Auf Vorschlag des Berichterstatters beschloß der Rat, den Generalsekretär mit der Abfertigung eines in diesem Sinne gehaltenen Briefes an den Präsidenten des gemischten griechisch-deutschen Schiedsgerichts zu beauftragen.

Das rumänische Ratmitglied Commene äußerte unter ausdrücklicher Zustimmung an dem Rechtsgutachten einige Bedenken, weil er anscheinend gewisse Rückwirkungen der darin enthaltenen Argumente auf die Behandlung des ungarisch-rumänischen Ostententensfalls befürchtete. Der griechische Delegierte Politis stimmte namens seiner Regierung dem Gutachten und dem Ratbeschluss selbst bei. Reichsminister Dr. Stresemann verlasstete auf eine besondere Erklärung.

In bezug auf die Frage der Souveränität Danzigs über die Westerplatte

wurde auf Antrag des chilenischen Berichterstatters beschloßen, die Regierungen der Freie Städte Danzig und Polens aufzufordern, in unmittelbare Verhandlungen über die praktische Regelung der mit der polnischen Benutzung der

Westerplatte zusammenhängenden Fragen einzutreten. Der Rat empfiehlt beiden Parteien, sich bei diesen Verhandlungen von dem gesamten Inhalt des Schriftmaterials einschließlich der Erwägungen des dazu vorliegenden Rechtsgutachtens leiten zu lassen. Die Verhandlungen sollen unter Vorsitz des Völkerbundskommissars für Danzig und unter Beteiligung technischer Sachverständiger in Danzig stattfinden. Wenn diese Verhandlungen nicht vor der nächsten Ratssitzung zu einem Ergebnis führen sollten, so wird der Berichterstatter im Rat Vorschläge für die endgültige Regelung der Angelegenheit unterbreiten.

Senatspräsident Sahn und der polnische Delegierte Straßburger stimmten dem Bericht zu. Der Danziger Vertreter sprach dabei unter Hinweis auf seine beiden vorausgegangenen Verhandlungen bereits gegebene Zustimmung zu dem Inhalt des Berichts die Hoffnung aus, daß die direkten Verhandlungen zwischen Danzig und Polen, basierend auf dem Gutachten der juristischen Sachverständigen, recht bald zu einer Vereinbarung führen, die für die Sicherheit von Leben und Eigentum der Bewohner von Danzig die unter den gegebenen Umständen zu erreichende Gewähr bietet. Der Berichterstatter sprach kurz und prägnant die durch die Mitteilung des Gutachtens für eine praktische Lösung dieser Fragen hervorzuhebende Dienste geleistet hätten, den besonderen Dank des Völkerbundesrates aus.

Zum Schluß nahm der Rat nach Kenntnis von einer in den letzten Tagen zwischen der griechischen und der bulgarischen Regierung erfolgten Verständigung über das griechisch-bulgarische Streitigkeiten, worauf die 14. Tagung des Völkerbundesrates vom Präsidenten für geschlossen erklärt wurde.

Allgemeine Mischel aus Genf.

(Durch Ausspruch.)

Genf, 12. Dez. Nach der bereits gestern erfolgten Abreise von Pilsudski und Woldebars werden im Verlaufe des heutigen Monats sämtliche Delegationen ebenfalls Genf verlassen. Die deutsche Delegation fährt Montag abends 6 Uhr und trifft Dienstag mittag wieder in Berlin ein.

Die nächste Ratssitzung in Rom?

Mit Rücksicht auf die Mittelmeerprobleme.

London, 12. Dez. Der Sonderberichterstatter der „Welt- und Wochenspiegel“ erklärt, daß die nächste Sitzung des Völkerbundesrates — und zwar auf Veranlassung von Irland — in Rom veranstaltet werden dürfte, um Frankreich, England und Italien außerhalb des Rates Gelegenheit zu geben, die „unzulässigen diplomatisch ausgiebig vorbereiteten Mittelmeerfragen unausföhrlich zu besprechen.

ausgewirkt hätte und hilflos vor dem Auftreten Pilsudskis zurückweichen sei, ganz entschieden entgegen. In den gleichen Kreisen hat übrigens das Auftreten des litauischen Ministerpräsidenten Woldebars einen hervorragend guten Eindruck hinterlassen.

Die englische Presse rühmt das Genfer Kompromiß.

London, 12. Dez. Die Fellelung des polnisch-litauischen Konfliktes wird von der englischen Presse in begeistertem Maße begrüßt. Die durchweg auf den Ton abgestimmt sind, daß der Völkerbundrat sich als Ausgleichsinstanz erneut große Verdienste erworben und die akute Kriegsgefahr zwischen beiden Ländern beseitigt hat. Die „Times“ sagt, daß dem Völkerbundrat zu seinem Erfolg zu gratulieren sei, zumal zum erstenmal ein deutscher Vertreter in harmonischer Weise mitarbeitete. Der „Daily Telegraph“ verteidigt die Auffassung, daß es Polen mit dem halbseitigen Ratssitzung darum gehe, das Vertrauen der Welt zu gewinnen. Auch die liberale Presse unterstreicht nachdrücklich den Erfolg des Völkerbundes, der zweifelsfrei ist: Einmal sei es dem Bunde gelungen, dem drohenden Kriegszustand ein Ende zu machen, und zweitens haben die Genfer Verhandlungen klar und deutlich die Nebereinkünfte zwischen den Grovmächten, die in diesem Falle auch Rußland umfassen, ergeben. Eine Rußland wäre eine Erlösung nennenswert gewesen, und es sei erfreulich, daß der Völkerbund die erste Gelegenheit wahrnahm, um Rußlands aktive Einwirkung in das Konzert der Mächte zu ermöglichen.

Die „Daily News“ weist darauf hin, daß die Bismarck-Frage zu jener langen Periode der augenblicklich unlöslichen Probleme gehöre, die befriedigend nur dann geregelt werden könne, wenn die Welt für die viel größeren Aufgaben der Revision des Versailler Vertrages reif sei.

Es ist bemerkenswert, daß in der führenden Presse der polnische Anteil an der Genfer Verständigung nachdrücklich unterstrichen wird, während Litauen in dieser Hinsicht nicht übermäßig auf davon kommt. Die Schmierereien der Kommission alliierter Militärattachés an der polnisch-litauischen Grenze werden in den Leitartikeln der Morgenblätter noch nicht behandelt. Es ist kein Zweifel, daß die litauische Abrechnung, den Militärattachés das Verbrechen des litauischen Gebietes an zuhalten, auch in London einen sehr ungünstigen Eindruck machen muß.

Das neue Deutsche Reich.

„Allgemeine Begriffe und großer Fönel sind immer auf dem Wege, entsetzliches Unglück anzurichten.“ Mit diesem Worte Goethe'scher Weltweisheit leitet Geheimrat Rat Dr. Alfred Schulze ein Buch ein, das er unter dem Titel „Das neue Deutsche Reich“ bei Volksgana Jek in Dresden erscheinen läßt. Er stellt sich darin die Aufgabe, den Schlagworten von Unitarismus, Zentralismus, Föderalismus, Partikularismus, Regionalismus, Dezentralisation usw., denen die Weimarer Verfassung mit ihrer Fülle ungelöster Probleme für und Tor geöffnet hat, all dem Spekulieren in luftleeren Räume, eine Darstellung des tatsächlichen Materials entgegenzusetzen. Vom deutschen Verfassungsleben nicht nur die Paragraphenwelt, sondern auch seinen tatsächlichen Verlauf darzustellen, sind wenige so berufen wie Dr. Schulze, der im kaiserlichen Deutschland der Verfassungsreferent des Reichsamtes des Innern war und seit acht Jahren als Leiter der Sächsischen Staatskanzlei der erste Berater des Ministerpräsidenten ist, wenn es sich um das Verhältnis Sachsens zum Reich und zu den übrigen deutschen Ländern handelt. Dabei hat er tiefen Respekt bekommen vor dem alten Preußen Friedrich des Großen und Bismarcks, und er warnt vor einer Unitarisierung des Reiches, bei der sich Preußen in Reichsprovinzen auflösen würde. Treffend wird gesagt, daß das einzige Preußen mit seiner Größe eine starke Stütze für das ganze Reichsgefüge ist, die jedenfalls so lange nicht entbehrt werden möchte, als die neuen Stützen der Reichselnheit, wie die einheitliche Wehrmacht, die einheitliche Verfassungsverfassung und das einheitliche Finanzwesen, noch nicht auf ihre Tragfähigkeit erprobt sind. Innerpreußischen Reibungen zwischen der preussischen und der Reichsregierung, wie sie sich erst wieder in längerer Zeit abgepielt haben, läßt sich dadurch vorbeugen, daß alle Traditionen aufgenommen werden, daß etwa der Reichspräsident zugleich Staatspräsident in Preußen wird und die Reichsregierung die Ministerien im Reich und in Preußen gleichmäßig zu besetzen. Das geschichtlich Gewordene will Dr. Schulze mit Ehrfurcht behandelt wissen.

Als Mann der Tatsachen rechnet er mit dem siddentischen Föderalismus als mit einer festen Größe, über die hinwegzudenken Bayerns Position zum Reich kosten könnte. Das norddeutsche Dankesgefühl wachgeblieben ist, daß auch die kleinen Länder an ihrer Selbständigkeit festhalten, um ihre kulturelle Eigenart zu pflegen, wird mit seinem Verständnis aufgenommen. Immerhin wird mit Vorbehalt empfohlen, für die Gebiete, die ungenügend liegen oder zu klein sind, um den erforderlichen Verwaltungsapparat tragen zu können, Verwaltungsvereinigungen mit den sie umgebenden größeren Ländern zu schaffen. Darüber hinaus wird der Gedanke angeworfen, die einzelnen Länder zu Gruppen oder mehr oder weniger selbständigen Einheiten zusammenzufassen. Abgelehnt wird allerdings ein Großpreußen mit den Grenzen des Norddeutschen Bundes, weil damit die Gefahr einer neuen Mainline heraufbeschworen würde. Dagegen wird — das ist wohl der bemerkenswerteste Teil des Buches — mit aller der Zurückhaltung, die dem Verfasser seine amtliche Stellung auferlegt, zur Erwägung empfohlen, zwischen ein Norddeutschland, das selbstverständlich Preußen hieße, und ein Süddeutschland als Bundesglied einen mitteldeutschen Block zu stellen, der Sachsen und Thüringen, vielleicht auch Hessen, Braunschweig und Anhalt umfasse. Sachsen und Thüringen waren bis zur Erbteilung von 1806 unter einem Herrschaftshause vereinigt. Die Bevölkerung ist derselben oberdeutschen Stammes und gehört dem einheitlichen mitteldeutschen Kulturkreis an. Der altenburgische Teil von Thüringen springt tief in das sächsische Gebiet hinein und ebenso wie er bilden zum mindesten die beiden ehemaligen Reich sowie der Neuchätter Kreis mit Sachsen eine wirtschaftliche Einheit. Altenburg wird durch die wichtige Bahnlinie durchschritten, die die sächsischen Städte Leipzig und Plauen i. V. verbindet. Die großen Braunkohlenlager südlich von Leipzig liegen teils auf sächsischem, teils auf thüringischem Gebiet, und die Elektrizitätsversorgung, die die sächsischen Werke von Pöhlen aus betreiben, wird sich tief in das thüringische Gebiet erstrecken. Wir erfahren, daß es sich hierbei nicht um einseitige Erwägungen handelt, sondern daß die Gedanken auch in Thüringen ihren Resonanzboden haben.

Für das Reich sieht der Verfasser den Vorteil der ihm vorzuschwebenden Gliederung darin, daß sie die Gefahr eines Dualismus zwischen Nord und Süd bannet die spätehend beim Eintritt Deutschlands vorliegen würde. Starrer Partikularismus harrischer Härten wird abgelehnt; in den bewährten Rahmen bismarckischer Politik soll das Reich dadurch weiter entwickelt werden, daß die Reichselnheit wenn auch nicht im Tempo der gegenwärtigen Reichsreform, weiter ausgebaut wird. Verworfen wird allerdings der neueitliche Brauch des Reichsgesetzgebens, sich nicht auf Rahmengesetze zu

Eine harmnächliche Grenzwahe.

Die Internationalisierte Militärkommission, die sich an die polnisch-litauische Grenze begeben hatte, um von dort aus weiter nach Rom zu fahren, sah sich genötigt, unverrichteterlaße wieder nach Warschau zurückzukehren. Der Kommandant der litauischen Grenzwahe weigerte sich, die alliierten Diplomaten, die noch in Bestimmung polnischer Offiziere waren, ohne ausdrückliche Anweisung seiner vorgesetzten Dienststelle in Rom über die Grenze zu lassen. Am Ende des gestrigen Sonntagabend begab sich die Militärattachés nach Suwalki, um dann von dort aus über die Grenze zu gelangen.

Pilsudski stärkt die Genfer Friedensatmosphäre.

Genf, 12. Dez. Pilsudski hatte während seines 14tägigen Aufenthaltes in Genf eine ganze Reihe Unterredungen mit den hier anwesenden Staatsmännern, vor allem mit den Vertretern Deutschlands, Frankreichs, Englands und Italiens. Dienen Unterredungen mit man wie der Sonderberichterstatter des V.R. Büros meldet, daß diese Besuche Bedeutung zu. Es werde verhärtet, daß diese Besprechungen nicht nur den zwischen Polen und den genannten Ländern schwebenden Fragen gälten, sondern daß ihnen darüber hinaus Bedeutung für die gesamte politische Lage Europas zukomme und daß sie wesentlich zur Regelung der in Genf geschaffenen Friedensatmosphäre beitragen. Ganz besondere Aufmerksamkeit erregte auch die nahe Unterredung von Reichsminister Dr. Stresemann mit Pilsudski, deren herzlicher Charakter in den Vagern beider Delegationen gleichermaßen unterstrichen wird. Die Aussprache zeigte deutlich, daß Pilsudski von dem lebhaften Wunsch erfüllt ist, nicht nur in den Hand-lösungsverhandlungen, sondern auch in allen anderen zwischen Deutschland und Polen schwebenden Fragen zu einer Verständigung zu gelangen.

Andererseits ist aber die Rolle, die man dem polnischen Ministerpräsidenten besonders in der französischen Presse bei den Verhandlungen über den polnisch-litauischen Streit zuschreibt, vollständig entkelt wiederzugeben. In mahabenden Völkerbundskreisen tritt man diesen Tatsachen die den Eindruck erwecken, daß ohne das Eingreifen Pilsudskis der Völkerbundrat weder ein noch